Offener Brief an die Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel

Klimaschutz braucht einen Masterplan, der auch funktioniert: Sämtliche fossilen Energiequellen müssen im Boden bleiben

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, Das um ein Vielfaches folgenreichere Klimaproblem darf durch die Corona-Pandemie nicht ins Hintertreffen geraten.

22. Dezember 2021 · Mohssen Massarrat

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,
Das um ein Vielfaches folgenreichere Klimaproblem darf durch die Corona-Pandemie nicht ins Hintertreffen geraten. Im neuen Jahr 2021 muss mit einer neuen Ära radikaler Klimapolitik begonnen werden. Ich bin Hochschullehrer i .R. und habe mich seit über 30 Jahren intensiv mit dem Energiesektor und dem Klimaschutz befasst.

Lassen Sie mich, beruhend auf langjähriger Forschung, sogleich feststellen, warum beträchtliche Anstrengungen der Klimapolitik leider ins Leere laufen: Die globalen Anbieter fossiler Energiequellen beliefern die Welt mit billigem Erdöl, Erdgas und Kohle. Solange das so weitergeht, bleibt die Wirtschaft im Würgegriff der fossilen Energieträger. Dafür sorgt

der Wettbewerb unter den Marktakteuren.

Dieser Befund ist das Ergebnis der marktwirtschaftlichen Rationalität. Da jedoch diese Binsenwahrheit in allen bisherigen Vereinbarungen, im Protokoll von Kioto wie im Pariser Klimaabkommen, aber auch bei allen politischen Anstrengungen und nicht zuletzt auch in der Fachwelt hartnäckig ignoriert und missachtet worden ist, erlaube ich mir, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, meine Diagnose näher zu begründen und eine Alternative zu konkretisieren, die wegen ihrer radikalen Wirkung m.E. unausweichlich sein dürfte.

Es ist m.E. durchaus möglich, die CO2-Ausstoßmenge, sogar lange vor 2050, ja sogar bis 2040, auf null zu reduzieren. Dazu ist es jedoch erforderlich, dass die Weltgemeinschaft mit den Produzenten von fossilen Energien, den Staaten und Konzernen, in einer völkerrechtlichen Konvention ein solches Ziel vereinbart und dafür einen globalen Aktionsplan erstellt. Nur auf den ersten Blick mag eine solche Perspektive als unrealistisch erscheinen. Tatsächlich aber handelt es sich auch um eine Herkulesaufgabe. Bei genauerem Hinsehen ist jedoch dieser Weg um ein Mehrfaches wirkungsvoller als die bisherigen Sisyphus-Programme und selektiven Maßnahmen, die viel Geld und Zeit kosten, und – lassen Sie mich das hier unumwunden sagen – lediglich die Illusion des Klimaschutzes beschwören.

Der Klimawandel ist ein globales Problem. Er erfordert daher eine globale Klimaschutzstrategie, die auch diesen Namen verdient.

Die bisherige Klimaschutzpolitik widerspricht – verzeihen Sie mir bitte diese drastische jedoch zutreffende Feststellung – dem rationalen Denken. Mit vollem Bewusstsein über die toxische Wirkung fossiler Energien lassen wir zunächst zu, dass diese erst einmal ungezügelt aus dem Boden geholt werden, um sie dann mit gigantischem Aufwand wieder einzusammeln. Das ist doch ein Irrsinn, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, oder? Mit Maßnahmen wie der CO2-Abgabe oder dem Emissionshandel können die Klimaschutzziele niemals erreicht werden. Eine CO2-Abgabe von 25 € pro Tonne, wie sie seit dem 1. Januar 2021 in Deutschland eingeführt wurde, ist ein Witz. Selbst eine Abgabe von 195 € pro Tonne CO2, wie sie das Bundesamt für Umweltschutz für notwendig erachtet, verteuert das Benzin lediglich um 46 Cents pro Liter. Darüber lachen sich die Reichen ins Fäustchen, sie würden munter weiter mit ihren SUVs fahren und auch auf ihre Flugreisen nicht verzichten. So blieben einkommensstarke Konsumenten mit ihrem deutlich höheren CO2-Anteil von Klimaschutzverpflichtungen entlastet, während einkommensschwachen Menschen die Hauptlast eines Klimaschutzes aufgebürdet würde, der dazu noch halbherzig ist und letztlich auch nicht funktioniert. Preisaufschläge auf den Verbrauch fossiler Energien sind End

of Pipe-Maßnahmen, daher ungenau und sehr kostspielig. Klimaschutz braucht Begin of Pipe-Maßnahmen.
Überdies erzeugen solch selektive Maßnahmen auf der Nachfrageseite, Frau Bundeskanzlerin, Rebound-Effekte. Denn Produzenten fossiler Energien sind – Marktgesetzen folgend – gezwungen, auf den sinkenden Energieverbrauch mit Produktionssteigerung und Preissenkung zu reagieren. Was ein Land durch Verbrauchsenkung an fossilen Energien spart, wird durch den höheren Verbrauch in einem anderen Land als Folge sinkender Preise mehr als wettgemacht. Umsatz, Gewinn, Wettbewerb lassen den Produzenten fossiler Energien ohnehin keine andere Wahl als die Weltmärkte mit Öl, Kohle und Gas zu überfluten. Und genau dieses – wohlgemerkt betriebswirtschaftlich – durchaus rationale Marktverhalten der Produzenten ist auch der wahre Grund für das Scheitern eines Teils der enorm aufwendigen Klimaschutzmaßnahmen und der faktischen Blockade einer global flächendeckenden Energiewende Solange Öl, Gas und Kohle im Überfluss und zu niedrigen Preisen auf den Weltmärkten angeboten werden, solange werden betriebswirtschaftlich rational handelnde und Energie verbrauchende Unternehmen – auch das gehört, Frau Bundeskanzlerin, zu den marktwirtschaftlichen Binsenwahrheiten – nicht in alternative Energietechnologien investieren. Solange werden auch die gigantischen Subventions- und Anreizsysteme wie Luftblasen verpuffen. Umso weniger ist es auch verwunderlich, dass die Energiekonzerne munter die fossile Energieproduktion sogar noch ausweiten und dafür in den nächsten Jahren über 50 Milliarden Dollar zusätzlich investieren wollen.

Eine globale Verbraucher-Produzenten Win Win-Konvention

Es kann nicht bestritten werden: Die einzige der Menschheit verbleibende Alternative, um den Klimawandel gerade noch abzuwenden, ist, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Reduktion der Produktion fossiler Energien Eine solche Strategie bedeutet nämlich, das Übel an der Wurzel packen. Die Produzenten, ob im Mittleren Osten oder in Australien, ob Staaten oder Konzerne, werden jedoch kaum geneigt sein, die Ressourcen ganz freiwillig im Boden zu lassen. Diese Erkenntnis scheint sich offenbar allmählich auch ins öffentliche Bewusstsein zu drängen. So zogen Umweltverbände Ende November 2020 gegen den Ölkonzern Shell/BP in Den Haag vor Gericht, um ihn zur Senkung seines CO2-Anteils, sprich zur Produktionssenkung, zu zwingen. Sind aber solche gut gemeinten und verzweifelten Versuche, Frau Bundeskanzlerin, nicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt? Haben sich die Umweltverbände nicht an die falschen Adressaten gewandt? Denn die Konzerne sind nur ihren Aktionären verpflichtet und nicht dem Pariser Abkommen. Die Erzeugung und Vermarktung fossiler Energien ist für Konzerne aber auch für viele Staaten sogar existentiell.
Nicht die Gerichte, sondern die Politik sind die eigentlichen Adressaten

für eine globale Regelung zur Senkung der Produktion fossiler Energien. Letztlich sind es die Regierungen, die den Rahmen für die Wirtschaft bestimmen. Sie sind es auch, die das Protokoll von Kioto und das Pariser Klimaabkommen im Menschheitsinteresse unterschrieben haben. Daher sind auch nur die Regierungen aller Staaten legitimiert, gemeinsam in einer Konvention zu vereinbaren, dass die fossilen Ressourcen im Boden bleiben.
Eine solche Vereinbarung kann auch dann erzielt werden, wenn die Produzentenstaaten und die Energiekonzerne am Ende des Tages nicht zu den Verlierern, sondern zu den Mitgewinnern gehören. Eine Win Win-Strategie für eine globale Konvention ist tatsächlich auch möglich. Durch eine sukzessive Senkung der Produktion fossiler Energien nach einem ausgehandelten Masterplan wären alle Staaten klimapolitische Gewinner. Und durch steigende Weltmarkpreise für fossile Energien im vereinbarten Zeitrahmen wären auch die Produzentenstaaten und Konzerne Mitgewinner des globalen Klimadeals. Diese würden dann nicht nur Planungssicherheit und auch hinreichend Zeit haben, um in den nächsten zwei Dekaden einen reibungslosen Strukturwandel zu organisieren, sondern sie könnten durch Energiepreissteigerungen das für den Strukturwandel nötige Kapital erwirtschaften.

Hebel der Umgestaltung zur Klimaneutralität
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
erst wenn allen Markteilnehmern in der Welt klar wird, dass das Angebot an Öl, Erdgas und Kohle wirklich sukzessive sinkt und wenn dadurch die Energiepreise rasant ansteigen, erst dann ist ein wirkungsmächtiger Wettbewerbszwang geschaffen, der sämtliche Marktteilnehmer von fossilen Technologien weg und zu erneuerbaren Energietechnogien hin führt, und zwar flächendeckend und branchenübergreifend. Steigende fossile Energiepreise, gekoppelt an sinkendem Angebot, werden zu einem marktwirtschaftlich unschlagbaren Hebel, der – wie unten im Einzelnen ganz grob aufgelistet wird – sämtliche Volkswirtschaften auf dem Globus zur Klimaneutralität umkrempelt:
– Dadurch wird die Richtung des Wettbewerbs irreversibel hin zu klimaneutralen Technologien und zur Umgestaltung der gesamten Industrie gedreht.
– Sämtliche Subventionen, die heute in astronomischen Summen irrtümlicherweise als Anreiz für tatsächlich oder vermeintlich klimaneutrale Produkte und Systeme vergeudet werden, wären fortan überflüssig. Allein im Wirtschaftsministerium in Deutschland werden gegenwärtig, wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, sicherlich selbst besser wissen, beträchtliche Ressourcen verplempert. Laut Spiegel arbeiten 287 – auf vier Abteilungen und 34 Referate verteilte – Beamte an der Konstruktion von komplizierten wie wirkungsschwachen Fördermechanismen für den Klimaschutz.
– Damit würden enorme Ressourcen (für Personal und Subventionen)

freigelegt, die ausreichten, um soziale und ökonomische Verwerfungen als Folge von zunächst drastisch steigenden Energiepreisen aufzufangen. – So würde auch die Technologieoffenheit zum strategischen Prinzip, wodurch die gegenwärtigen Wettbewerbsverzerrungen als Folge von politisch definierten und mit mehreren Hundert Milliarden subventionierten Systemen verschwinden würden. Niemand kann heute tatsächlich mit Fug und Recht behaupten, dass z. B. die staatlich mit mehreren Hundert Milliarden Euro subventionierten E-Autos eine richtige Antwort auf die Mobilität der Zukunft darstellen. Fortan bestimmen im Wesentlichen Marktkräfte, welche der zahlreichen energiesparenden Technologien und Systeme sich durchsetzen werden.

Historische Beispiele

Zu keinem Zeitpunkt der Weltgeschichte haben ungezügelte Marktkräfte einen fortschrittlichen Strukturwandel, sondern vielmehr menschliches Leid und Elend hervorgerufen Die Marktwirtschaft braucht politische Vorgaben und Regeln. Und sie braucht auch mutige VolksvertreterInnen, die davor nicht zurückschrecken, zum richtigen Zeitpunkt mit politischen Entscheidungen, die Marktkräfte zu zügeln und die Richtung des Wettbewerbs zu bestimmen. Die Sklaverei wurde beispielsweise nicht durch Sklavensteuern abgeschafft, sie wurde 1833 in Großbritannien schlicht verboten. Erst dadurch entstanden an Stelle der Sklavenarbeit die Lohnarbeit und die Marktwirtschaft selbst. Noch bahnbrechender für das Florieren der Marktwirtschaft war der Achtstundentag, der am 1. Mai 1848 per Gesetz eingeführt wurde. Durch diese politisch durchgesetzte Schranke der ungezügelten Ausbeutung der Menschen wurden die Unternehmen gezwungen, auf Arbeit sparende Technologien zu setzen und die Industrie zu revolutionieren. Dadurch hat sich die Richtung der Konkurrenz und die Bewegung der Marktkräfte von immer mehr Verelendung und Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft hin zu Konkurrenz um mehr Innovation und im Ergebnis auch zu mehr Wohlstand geändert.

Der revolutionäre Sprung zu den erneuerbaren Energien braucht einen ebenso historischen Entschluss, die Produktion von Öl, Erdgas und Kohle geordnet zu beenden. Auch das EEG hatte bisher deshalb den größten Erfolg in der Energiewende, weil es im Kern zum ersten Mal die Stromproduzenten zwang, auf erneuerbare Energien umzusteigen

Null fossile Produktion bis 2040 ist machbar

Die globale Verknappung fossiler Energieträger ist, Frau Bundeskanzlerin, sicherlich eine große Herausforderung – ohne jeden Zweifel. Dieser direkte Weg der CO2-Reduktion – eben Begin of Pipe-Strategie – ist jedoch am Ende des Tages um ein Vielfaches leichter, vor allem wirkungsvoller und dazu noch mit erheblich geringeren Transformationskosten verbunden als der indirekte Weg der Energieeinsparung über Hunderte Millionen Betriebe und Milliarden

Konsumenten. Denn für den direkten Weg müssten lediglich circa 100 große Produzenten, Staaten und Energiekonzerne in einer Konvention zur systematischen Senkung der Produktion verpflichtet werden. Eine solche Konvention wäre dann eine Ergänzung zum Pariser Klimaabkommen und zu dessen Umsetzung.
Dazu müssten ganz grob skizziert m.E. folgende Punkte in die Konvention aufgenommen werden:
1-Die flexible Aufteilung der Produktion fossiler Energien nach Energieart (Öl, Erdgas, Kohle) und Herkunft (Staaten und Konzernen) unter den Anbietern nach Maßgabe der von IPCC ermittelten zulässigen CO2-Gesamtmenge, damit das Ziel 1.5 Grad Erderwärmung nicht überschritten wird.
2- Dazu empfiehlt es sich, zuallererst die Produktion in sämtlichen ökologisch sensiblen Gebieten (Seen/Weltmeeren, Regenwäldern, Antarktis etc.) grundsätzlich zu untersagen.
3- Die Schaffung eines Facility Fonds zur Entschädigung aller benachteiligten armen Staaten und Milliarden ärmerer Bevölkerungsschichten. Dieses Finanzinstrument stellt die Grundvoraussetzung für den globalen Konsens dar. In diesen Fonds fließen sämtliche überflüssig gewordene Subventionen, Mittel aus allen Industriestaaten, beispielsweise aus Gründen der Klimagerechtigkeit, nach Maßgabe ihres bisher insgesamt in die Atmosphäre geblasenen CO2-Anteils.

Die gegenwärtig produzierte globale Gesamtmenge fossiler Energieträger betrug 2018 ca.13.76 Milliarden Tonnen Öläquivalent. Die Nullreduktion innerhalb von 20 Jahren bedeutet bei einer linearen Senkung eine jährliche Reduktion um 688 Millionen Tonnen Öläquivalent. Bei einem Zeitraum von 30 Jahren müsste die globale Produktion fossiler Energien jährlich um 458 Millionen reduziert werden. 30 oder 20 Jahre sind im digitalen Zeitalter eine sehr lange Zeit, Frau Bundeskanzlerin, um rasch Alternativen mit Hilfe von schon bekannten oder noch nicht erfundenen und ökonomisch rentablen Technologien und Systemen, vor allem im Verkehrsbereich, zu finden und die Weltwirtschaft in das neue Zeitalter der erneuerbaren Energien zu transformieren. Bei anfänglich drastisch steigenden Energiepreisen erhöht sich ebenso drastisch der Anteil erneuerbarer Energien. Indem Maße aber, wie die Rentabilität erneuerbarer Technologien zunimmt, sinken auch die Energiepreise auf ein moderates Niveau. Für den wirkungsvollen Transformationsprozess arbeiten die Weltgemeinschaft und sie repräsentierende Staaten mit den Marktkräften Hand in Hand. Die Politik lenkt im Menschheitsinteresse und mit harter Hand konsequent gemäß den Klimaschutz-Anforderungen die Marktkräfte und die Richtung des Wettbewerbs hin zu einer radikalen Energiewende. Und die Marktkräfte folgen, frei von überflüssigen Einmischungen der Politik dem, was sie am besten können. Sie wetteifern fortan um die wirkungsvollsten, klimaschutzfreundlichsten und sozial

verträglichsten Energietechnologien und Systeme.

Zeit zum Handeln – jetzt!
Deutschland und die EU haben wertvolle Jahrzehnte mit Zieldiskussionen vergeudet. Mit Verlaub, Frau Bundeskanzlerin, Sie selbst tragen an diesem Versäumnis eine Mitverantwortung. Ihre Parteikollegin, Frau von der Leyen, ist im Begriff, als EU-Kommissions-Präsidentin Ihren Fehler zu wiederholen. Statt weiter Zeit mit neuen Zieldebatten und den Illusionen einer Klimaschutzpolitik zu verplempern, muss gehandelt werden – jetzt! Die Bundesregierung und die EU könnten sofort den ersten Schritt tun und erlebbar und nachvollziehbar machen, dass ein wirklicher Klimaschutz möglich ist. Sie sollten umgehend für die globale Klimaschutz-Konvention initiativ werden, jedoch nicht länger darauf warten bis sie erst einmal zustande kommt. Sie könnten, ja sie sollten, vielmehr vorangehen und gleichzeitig mit nationalen bzw. EU-weiten Masterplänen zur planmäßigen Reduktion des Angebots an fossilen Energien und der Lenkung des Wettbewerbs der Marktkräfte hin zu Klimaschutz-Technologien und -Systemen beginnen. Nationale, regionale und globale Anstrengungen müssen ohnehin Hand in Hand gehen und zu einem globalen Transformationsprozess zusammenwachsen.